

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen

Positionierung zu Fragen zur Landtagswahl 2024

Anfragende: Landesbeirat für Inklusion der Menschen mit Behinderungen

Datum: 21. August 2024

Ansprechperson: Christine Jeglinsky (Christine.Jeglinsky@sk.sachsen.de)

Inklusion

1. Welche Schwerpunkte setzt sich Ihre Partei auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft?

Antwort:

→ Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns dafür ein, Barrieren in allen Lebensbereichen abzubauen. Wir konnten beispielsweise mit dem Programm „Sachsen barrierefrei“ einen wichtigen Impuls für den Ausbau barrierefreier Infrastruktur leisten. Daran wollen wir anknüpfen. Wir machen uns stark für ein inklusives Sachsen. Jeder Mensch soll vollständig und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben und teilgeben können. Deshalb streben wir eine umfassende Barrierefreiheit an. Damit Teilhabe für alle Bürger*innen gewährleistet ist, unabhängig von zeitweiligen oder dauerhaften Beeinträchtigungen. Dafür wollen wir das Inklusions- und Teilhabegesetz zeitgemäß überarbeiten.

Weiterbildungen in den Bereichen Vielfalt, Inklusion, Barrierefreiheit und Ableismus müssen für alle Beschäftigten in der Verwaltung zur Verfügung stehen und verpflichtend sein. Die Verpflichtung zur Schaffung der Barrierefreiheit von Websites und Anträgen im öffentlichen digitalen Bereich ist ebenso umfassend umzusetzen. Gleiches gilt für Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden. Nur so kann sichergestellt werden, dass Menschen mit Behinderungen uneingeschränkten Zugang zu allen Bereichen des täglichen Lebens haben. Sei es beim Einkaufen, bei der Nutzung von Dienstleistungen oder beim Besuch von Freizeit- und Kultureinrichtungen.

2. Wie möchte Ihre Partei die kommunale Ebene dabei unterstützen? Wie möchte Ihre Partei sicherstellen, dass die für die Umsetzung notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen?

Antwort:

→ Barrierefreiheit ist auch auf kommunaler Ebene umzusetzen. Dadurch sollen gleiche Chancen und Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen in allen sächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten gewährleistet werden. Wir setzen auf eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen. Wir unterstützen diese bei der Umsetzung von Barrierefreiheit und Inklusion in allen Lebensbereichen. Mit den Programmen „Lieblingsplätze für alle“ und „Sachsen barrierefrei“, haben wir im Freistaat bereits zwei sehr gut nachgefragte Programme. Diese müssen in Zukunft noch besser finanziell ausgestattet

sowie miteinander verzahnt werden. Die Beantragung der Mittel sollte zudem so einfach wie möglich sein, um mehr Kommunen für Umbauten zu gewinnen. Weiterhin soll die Einrichtung von Beiräten und Selbstvertretungen in allen Landkreisen und Kommunen sowie die Ernennung von hauptamtlichen Beauftragten gefördert werden.

Bildung

1. Was kennzeichnet für Ihre Partei „Schulische Inklusion“ im Freistaat?

Antwort:

→ Wir BÜNDNISGRÜNE wollen, dass alle Menschen zusammenleben und lernen können, unabhängig von Herkunft, Familiensprache, einer Behinderung oder anderen individuellen Merkmalen. Junge Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zu einem inklusiven, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben. Gleiches gilt im Bereich Weiterbildung und lebenslanges Lernen. Die Parallelität von Förderschulsystem und Schulen des gemeinsamen Lernens ist aus unserer Sicht der teuerste und oftmals – für viele der jungen Menschen – nicht der beste Weg. Wir wissen, dass ein Rückbau der Förderschulen sowohl von einigen Eltern von Kindern mit Behinderungen als auch von der CDU, dem größten Koalitionspartner, nicht gewollt war und ist, weshalb wir BÜNDNISGRÜNE uns auf das Gelingen der inklusiven Bildung konzentrieren.

2. Welche konkreten Schritte werden Sie zur Umsetzung des Rechts auf inklusive Bildung unternehmen?

Antwort:

→ Ein wichtiger Schritt hin zu einem inklusiven Schulsystem war die Abschaffung der Förderschulpflicht im Zuge der Schulgesetznovelle 2017. Mit der neuerlichen Schulgesetzänderung 2022 haben wir ein Letztentscheidungsrecht der Schulaufsicht verankert, das dann greift, wenn innerhalb eines Kooperationsverbundes keine Einigung über den Ort der inklusiven Beschulung erzielt wird. Dadurch soll verhindert werden, dass Familien von Schule zu Schule geschickt werden und das Kind am Ende ohne Schulplatz dasteht, weil sich niemand in der Lage sieht, es aufzunehmen.

Die inzwischen flächendeckend eingerichteten Kooperationsverbünde wollen wir verstetigen und weiterentwickeln, um wohnortnah in allen Förderschwerpunkten eine inklusive Beschulung abzusichern. Wir sehen Inklusion als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit auch als Aufgabe für alle Schulen und Schularten gleichermaßen. Deshalb wollen wir auch Gymnasien für den lernzieldifferenten Unterricht öffnen. Pädagogische Fachkräfte sollen umfassend zum Thema Inklusion aus-, fort- und weitergebildet werden. Das umfasst diagnostische Kompetenzen ebenso wie binnendifferenzierte Arbeit in Gruppen oder Klassen und den Umgang mit Heterogenität. Wir wollen ein inklusionspädagogisches Modul in allen Lehramtsstudiengängen verankern und das klassische Förderschullehramt zu einem Lehramt für inklusive Pädagogik – zum Einsatz an Förderschulen wie auch im gemeinsamen Unterricht – weiterentwickeln. Ferner wollen wir entsprechende verpflichtende Fortbildungen für Bestandslehrkräfte vorhalten. Die Studierendenzahlen im Lehramt Sonderpädagogik wollen wir verstetigen. Den Weg der Regionalisierung in allen Phasen der Lehrkräftebildung setzen wir fort, um pädagogische Fachkräfte dort auszubilden und zu binden, wo sie gebraucht werden. Zur Entlastung der

Bestandslehrkräfte und zur Förderung eines inklusiven Lernsettings fordern wir mehr Inklusionsassistent*innen und pädagogische Fachkräfte im Unterricht an allen Schulen und Schularten. Zentral ist für uns, dass an allen Schulen sonderpädagogische Expertise vorhanden ist. Erfolgreichen Absolvent*innen der Schulen in den Förderschwerpunkten Lernen und geistige Entwicklung soll der Hauptschulabschluss zuerkannt werden. Eine Grundvoraussetzung für gelingende Inklusion ist zudem umfassende Barrierefreiheit: barrierefreie Schulbauten ebenso wie inklusive Lehr- und Lernmaterialien, Bildungsmedien und -technologien. Es ist notwendig, die Finanzierung für barrierefreien Neubau und Sanierung von Schulen zu erhöhen. Ebenso müssen die personellen und materiellen Ressourcen für den inklusiven Unterricht angepasst werden. Wir setzen uns dafür ein, dass inklusiv arbeitende Schulen pauschale Zuweisungen erhalten, die sie nach Bedarf vor Ort in zusätzliche räumliche oder personelle Kapazitäten investieren können, in Ergänzung zu Gewichtungsfaktoren bei der Klassenbildung und Integrationsstunden.

Mobilität

1. Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Barrierefreiheit des Öffentlichen Personennahverkehrs in Sachsen verbessern?

Antwort:

→ Wir setzen uns dafür ein, nicht nur das ÖPNV-Angebot deutlich zu verbessern, sondern wollen mit flächendeckender barrierefreier Infrastruktur, also Haltestellen und Fahrzeugen, selbstbestimmtes und selbstständiges Leben für alle ermöglichen.

2. Welche strukturellen und finanziellen Wege kann Ihre Partei aufzeigen, den ÖPNV finanziell so ausstatten, dass eine barrierefreie Infrastruktur hergestellt werden kann und Fahrzeuge angeschafft werden können, die eine selbstständige und barrierefreie Nutzung für alle ermöglichen?

Antwort:

→ Entsprechende Finanzmittel für ÖPNV-Investitionen haben wir in den vergangenen Haushaltsverhandlungen aufgestockt, so z. B. im Landesinvestitionsprogramm (Infrastruktur – aber auch Busförderung) und setzen uns weiterhin für eine auskömmliche Finanzierung des Ausbaus der Barrierefreiheit im ÖPNV ein. Wichtig sind, neben der finanziellen Ausstattung, auch die entsprechenden förderrechtlichen Rahmenbedingungen, die beispielsweise eine Förderung nur bei Gewährleistung bzw. Schaffung der Barrierefreiheit ermöglicht (z. B. Richtlinie Bus).

Gesundheitsversorgung

1. In welcher Weise unterstützen Sie die umfassende und flächendeckende Verankerung der Verpflichtung der Krankenhäuser zur Barrierefreiheit im sächsischen Landeskrankenhausgesetz aufnehmen?

Antwort:

→ Wir BÜNDNISGRÜNE wollen in Sachsen eine Gesundheitsversorgung, die wirklich für alle Menschen da ist – ohne Hindernisse und Diskriminierung. Deshalb setzen wir uns für eine patient*innenzentrierte, diskriminierungsfreie, barrierefreie medizinische Versorgung im gesamten Freistaat ein. Natürlich auch in Krankenhäusern, aber vor allem in Praxen müssen

wir beim Abbau von Barrieren noch viel besser werden, wie der 7. Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderungen deutlich macht.

Wir möchten sicherstellen, dass Arzt- und Therapiepraxen stufenlos zugänglich sind, barrierefreie Aufzüge vorhanden sind und auch die Sanitäranlagen für alle nutzbar sind. Ebenso wichtig ist uns, dass Patient*innen einfach und barrierefrei mit den Praxen in Kontakt treten können – sei es per SMS, E-Mail oder auf anderem Wege. Deshalb wollen wir die Förderung für Barrierefreiheit ausbauen und die Mittel, beispielsweise über das Programm „Lieblingsplätze für alle“ erhöhen. Zudem soll die Beantragung der Mittel so einfach wie möglich sein.

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass jede Bürgerin / jeder Bürger mit dem ÖPNV innerhalb von 45 Minuten den nächsten Arzt, Facharzt und Krankenhaus erreichen kann? Wenn ja, welche Pläne haben Sie dafür?

Antwort:

→ Ja, wir setzen uns für eine wohnortnahe, barrierefreie Gesundheitsversorgung für alle sächsischen Bürgerinnen und Bürger, insbesondere im ländlichen Raum ein. Um dies zu erreichen, wollen wir BÜNDNISGRÜNE gezielt kommunale und regionale Gesundheitszentren in unterversorgten Gebieten fördern. Diese sollen entsprechend des regionalen Bedarfs ausgestattet sein, zum Beispiel mit Haus-, Zahn- und Fachärzten, Apotheke, Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie oder Pflegediensten. Besonders wichtig ist uns, dass die Gesundheitszentren barrierefrei gestaltet sind. Nur so können sie für alle Menschen in Sachsen, vor allem für Menschen mit Behinderungen, zugänglich sein. Damit stellen wir sicher, dass eine umfassende Versorgung vor Ort für alle Menschen sichergestellt wird.

Wohnen

1. Sind Sie für Veränderungen beim Baurecht bzw. Bauordnungsrecht, bspw. die Einführung eines Landeswohnraumförderungsgesetzes oder die Quotierung von sog. „R“-Wohnungen? Haben Sie dazu konkrete Vorhaben?

Antwort:

→ Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben kann. Dafür braucht es mehr erschwinglichen und barrierefreien Wohnraum in Sachsen. Wir wollen die Regelungen für barrierefrei und uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbare Wohnungen verbessern und eine angemessene Quote einführen. Ein umfassendes Umdenken in der Planung und beim Bau von Wohnraum ist notwendig. Barrierefreiheit muss immer von Anfang an mitgedacht und in der Sächsischen Bauordnung stärker verankert werden. Auch bei Sanierung oder Modernisierung von Bestandsbauten muss Barrierefreiheit eingeplant werden. Zudem wollen wir Nachrüstungen in denkmalgeschützten Gebäuden erleichtern. Barrierefreiheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch private Bauherinnen und Bauherren angehen müssen. Deshalb wollen wir diese durch verbesserte Beratung unterstützen. Zudem wollen wir in Sachsen ein Monitoring für barrierefreie Wohnungen, damit wir gezielte Maßnahmen zur bedarfsgerechten Förderung von barrierefreien Wohnraum weiterentwickeln können. Die bereits vorhandene Förderung soll auf mindestens gleichem Niveau beibehalten werden.

2. Wie möchte Ihre Partei sicherstellen, dass auch Menschen mit Behinderungen in einem barrierefreien Wohnraum im ländlichen Raum verbleiben können?

Antwort:

→ Um sicherzustellen, dass auch Menschen mit Behinderungen im ländlichen Raum in barrierefreiem Wohnraum leben können, setzen wir BÜNDNISGRÜNE uns für ein umfassendes Umdenken in der Planung und im (Um-)Bau von Wohnungen in allen Regionen in Sachsen ein. Auch bei Sanierung oder Modernisierung von Bestandsbauten im ländlichen Raum muss Barrierefreiheit konsequent eingeplant werden. Auch Nachrüstungen in denkmalgeschützten Gebäuden im ländlichen Raum wollen wir erleichtern. Darüber hinaus fördern wir gemeinschaftliches Wohnen und Genossenschaftsmodelle auf dem Land und unterstützen den Mehrfamilienwohnungsbau nach dem Vorbild der Gebäudetypologien von Drei- und Vierreihhöfen. Mit dem oben beschriebenen Monitoring wollen wir auch gezielte Maßnahmen zur bedarfsgerechten Förderung von barrierefreiem Wohnraum im ländlichen Raum weiterentwickeln.

Fragen aus dem Publikum an alle Parteien

1. Wie werden Sie sicherstellen, dass überall dort, wo Fördermittel des Freistaates eingesetzt werden (Baumaßnahmen, Projekte usw.), auch Barrierefreiheit tatsächlich umgesetzt wird und die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt sichergestellt wird? Bitte konkret beantworten!

Antwort:

→ Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns für eine gleichberechtigte Teilhabe und eine neue Beteiligungskultur von Menschen mit Behinderungen in Sachsen ein. Selbstvertreter*innen und ihre Organisationen sollen in alle Entscheidungsprozesse, die sie betreffen, eingebunden werden. Mit dem Antrag „Nichts über uns ohne uns – Inklusion in Sachsen weiter voranbringen“ (Drs. 7/5300) hat unsere BÜNDNISGRÜNE Landtagsfraktion festgeschrieben, dass die Perspektive von Menschen mit Behinderung bei der Überarbeitung des Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention mehr Gewicht bekommt. Zudem wurde in dieser Legislatur ein hauptamtlicher Landesinklusionsbeauftragter eingesetzt, der die Umsetzung von Barrierefreiheit und Inklusion voranbringen soll. Um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse und Rechte von Menschen mit Behinderungen bei allen geförderten Projekten berücksichtigt werden, setzen wir uns dafür ein, die Einrichtung von Beiräten und Selbstvertretungen in allen Landkreisen und Kommunen sowie die Ernennung von hauptamtlichen Beauftragten zu fördern. Diese sollen aktiv daran mitwirken, dass Barrierefreiheit in allen relevanten Entscheidungen berücksichtigt wird.

2. In den Legislaturperioden werden zeitweise Themen rund um die Inklusion diskutiert. Alle Parteien sagen: Inklusion ist wichtig. Warum hapert es dann bei den Abstimmungen?

Antwort:

→ Häufig mangelt es an politischer Priorität und fehlendem Konsens über die konkreten Maßnahmen. Obwohl alle demokratischen Parteien in Sachsen die Bedeutung von Inklusion anerkennen und voranbringen wollen, gibt es unterschiedliche Ansichten darüber, wie diese konkret umgesetzt werden soll und welche Ressourcen dafür bereitgestellt werden müssen. Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns vor allem für umfassende Barrierefreiheit in Sachsen ein,

um ein inklusives Sachsen zu schaffen, in dem jeder Mensch vollständig und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben und teilgeben kann. Deshalb wollen wir das Programm „Sachsen Barrierefrei 2030“ weiterentwickeln und eine „Dekade der Barrierefreiheit“ einleiten, in der Inklusion und Barrierefreiheit als Querschnittsthemen eine zentrale Rolle spielen. Besonders wichtig ist uns der beschleunigte Ausbau und die Erweiterung der barrierefreien Infrastruktur, insbesondere im ländlichen Raum. Darüber hinaus wollen wir mehr Möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen in den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit schaffen und setzen uns dafür ein, Zugangs- und Teilnahmebarrieren abzubauen.

3. Wie möchte ihre Partei insbesondere Menschen mit Behinderungen vor „rechter Gewalt“ schützen?

Antwort:

→ Wir wollen ein Landesantidiskriminierungsgesetz und eine Landesantidiskriminierungsbeauftragte, um Betroffene von Rassismus, Ableismus und Diskriminierung besser zu schützen. Die Bekämpfung von Rechtsextremismus (und Rassismus) ist für uns BÜNDNISGRÜNE ein Kernanliegen. Deswegen wurde auf unser Drängen hin in der letzten Legislaturperiode ein Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus entwickelt. Daran haben nicht nur die Ministerien mitgearbeitet, sondern auch zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich im Freistaat schon lang gegen Rechtsextremismus engagieren. Ziel des Gesamtkonzepts ist es, Rechtsextremismus in allen gesellschaftlichen Bereichen zu bekämpfen. Dieses Konzept wollen wir auch in der künftigen Legislaturperiode fortschreiben und fortentwickeln. Darüber hinaus setzen wir BÜNDNISGRÜNE uns für die dauerhafte finanzielle und strukturelle Unterstützung derjenigen Initiativen ein, die sich in Sachsen gegen Rechtsextremismus engagieren und beispielsweise Kommunen oder auch Betroffene rechtsextremer Gewalt oder Bedrohung, insbesondere auch Menschen mit Behinderungen, beraten.

4. Wie steht Ihre Partei zu den aktuellen Friedensverhandlungen?

Antwort:

→ Frieden, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie sind für uns BÜNDNISGRÜNE zentrale Werte, die immer geschützt und gestärkt werden müssen. Auf Friedensverhandlungen zwischen auswärtigen Konfliktparteien haben wir als Landesverband keinen direkten Einfluss, jedoch setzen wir uns auf Landesebene aktiv für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und eine starke Zivilgesellschaft ein. Wir unterstützen ehrenamtliches Engagement sowie Initiativen und Vereine, die sich für das Gemeinwohl engagieren, wie beispielsweise Sportvereine oder Nachbarschaftshilfen. Diese leisten einen wichtigen Beitrag zum Zusammenleben in unserer Gesellschaft, und wir möchten sicherstellen, dass sie weiterhin die notwendige Unterstützung für ihre Arbeit erhalten. Um zivilgesellschaftliche Initiativen als Träger von Maßnahmen zur Demokratieförderung und politischen Bildung zu unterstützen, streben wir ein sächsisches Demokratiefördergesetz an, das eine stabile Finanzierung gewährleistet.

5. Thema Gesundheit: Mehrere Parteien fordern in ihren Programmen

Untersuchungsausschüsse zum Thema Corona - was sollten aus Sicht der Parteien die wichtigsten Ziele sein?

Antwort:

→ Für die Aufarbeitung der Corona-Pandemie besteht aus unserer Sicht weiterer Handlungsbedarf, der in der neuen Legislaturperiode angegangen werden muss. Einen langwierigen Untersuchungsausschuss lehnen wir allerdings ab. Stattdessen setzen wir BÜNDNISGRÜNE auf eine unabhängige und wissenschaftlich arbeitende Fachkommission, die Erfahrungen aus der Pandemie in vielfältigen Bereichen, wie beispielsweise Kita, Schule, Gesundheit, Pflege, Kultur und Wissenschaft reflektiert und Empfehlungen für den Umgang mit zukünftigen Extremereignissen entwickelt. Zusätzlich schlagen wir ein moderiertes Gesprächsformat für Bürger*innen vor, um Erfahrungen der Corona-Zeit auszutauschen, Verständnis für einander zu fördern und unsere Gesellschaft besser auf künftige pandemische Krisen vorzubereiten.

Für weitere Informationen möchten wir auf die ausführliche Positionierung von Markus Scholz, Gesundheitspolitischem Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag, verweisen: <https://markusscholz.de/meinung-und-kommentar-wie-weiter-nach-der-corona-pandemie-aufarbeitung-medizinische-versorgung-und-verstaendnis-fuereinander/>